



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 32

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. Nordsee 244.

Hamburg, den 7. August 1920

Anzeigen kosten die sechsgepaarte Non-
pareilzeile oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzulösen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Die Stilllegung von Betrieben.

Zweifellos ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ein wirtschaftlicher Betrieb stillgelegt wird, wenn es ihm an Rohmaterialien oder an Absatzmöglichkeiten mangelt. So traurig und unangenehm dies auch für die davon betroffenen Arbeiter und Angestellten ist, weil sie dadurch der Erwerbslosigkeit mit all ihren Begleiterscheinungen ausgeliefert werden, so läßt sich doch gegen eine solche Stilllegung nichts einwenden, weil sie unter dem unübersteiglichen Zwange der Verhältnisse geschieht. Ganz anders verhält es sich aber, wenn ein Unternehmer seinen Betrieb aus andern Gründen schließt. Schon früher ist es nicht selten vorgekommen, daß Unternehmer ihre Bude zumachten, weil sie mit ihren Arbeitern in Differenzen geraten waren und somit die Schließung des Betriebes als ein Zwangsmittel angewandt, um auf diese Weise einen Druck auszuüben auf ihre Arbeitskräfte. Auch heute noch wird, trotz Revolution und Republik, dies Mittel von hartnäckigen, häßlichen Unternehmern in Anwendung gebracht, weil ihnen die eigenen Interessen und die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Uebermacht höher steht, als das Wohl der Allgemeinheit. Leider besteht bislang noch keinerlei Möglichkeit, diesen Starrsinn des Unternehmertums zu brechen, und auch das Betriebsrätegesetz versagt in diesem Falle. Allerdings hat nach § 78 Absatz 9 des Gesetzes ein Betriebsrat das Recht, in gewissen Fällen bei der Entlassung von Arbeitnehmern mitzuwirken, wenn es sich seiner Meinung nach um eine unberechtigte Entlassung handelt, aber nach § 85 Absatz 2 fällt das Einspruchsrecht weg, wenn eine gänzliche oder teilweise Stilllegung des Betriebes erfolgt. Durch diese Bestimmungen, deren Gefahr und Tragweite übersehen worden ist, hat der Unternehmer die Macht und auch das Recht bekommen, sich durch Stilllegung des Betriebes der unliebhaften Elemente zu entledigen und die Mitwirkung der Betriebsräte völlig auszuschalten. Die Arbeitnehmer haben diese Gefahr erkannt und sie nehmen deshalb gezwungenermaßen manchmal von einem streikähnlichen, unberechtigten Entlassung von Kollegen durch Stilllegung des Betriebes vorzuziehen. Daher ist es eine dringende Aufgabe der Arbeitervertreter im Reichstage, diese Bestimmung im Betriebsrätegesetz zu beseitigen, um dem Unternehmertum die Möglichkeit zu nehmen, die Arbeitnehmer zu entrechten und seinen Machtmissbrauch auf Kosten unserer wirtschaftlichen Gesundung zu betreiben.

Neuerdings ist es auch Brauch geworden, daß Unternehmer ihren Betrieb stilllegen und dadurch zahlreiche arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen zur Erwerbslosigkeit zu verurteilen, weil sie nicht mehr die bisherigen Gewinne zu erzielen vermögen. Hier spielt die Frage der Valuta, das heißt die Bewertung des deutschen Papiergeldes im Auslande, eine wichtige Rolle. Die Steigerung unserer Valuta, die von allen vernünftigen Volksgenossen freudig begrüßt wird, weil sie die Hoffnung auf eine Hebung unseres Wirtschaftslebens in sich trägt, wird von zahlreichen Unternehmern als eine Schädigung ihrer privaten Interessen empfunden. Diese Selbstsüchtlinge sträuben sich gegen eine Herabsetzung der Warenpreise, die eine natürliche Folge der Valuta ist, und weil sie sich mit einem niedrigen Profit oder gar mit einem zeitweiligen Verluste nicht zufrieden geben wollen, trotzdem sie schon Millionengewinne eingehemst haben, schließen sie einfach ihre Betriebe. Und das in einer Zeit, die laut und nachdrücklich nach einer Steigerung unserer Gütererzeugung und nach einer Verbilligung unserer Lebensmittel schreit. Ohne die geringste Rücksichtnahme auf das Wohl der Unterschichten oder auf die Zukunft des deutschen Volkes folgen sie einzig und allein ihrer Erwerbsgier und treten das Allgemeininteresse in rücksichtsloser Weise mit Füßen. Man sollte es kaum glauben, daß es noch Menschen gibt,

die auf dem gefüllten Geldsack sitzen und dennoch in unerfütterlicher Geldgier mit dem deutschen Volke Schindluder treiben. Aber hier zeigt sich wieder einmal das wahre Gesicht des Kapitalismus, der mit brutaler Unverschämtheit bestrebt ist, das Massenelend für sich in eine Goldgrube umzuwandeln. Dieselben Leute, die heuchlerisch über das Elend Deutschlands klammern und von ihrem warmen Herzen für das Wohl des Vaterlandes reden, entblöden sich nicht, aus reinem Egoismus große Teile unseres Wirtschaftslebens lahmzulegen.

Aber was ist dagegen zu tun? Ohne Zweifel hat der Staat die Pflicht, im Interesse der Allgemeinheit gegen eine derartige niederträchtige Schädigung des Gemeinwohls einzuschreiten und auch die Betriebsräte der betreffenden Unternehmungen sind verpflichtet, dagegen Front zu machen. Die Verpflichtung hierzu wird ihnen auferlegt durch den § 88 des Gesetzes, wonach sie dahin zu wirken haben, daß von beiden Seiten, also auch seitens des Unternehmers, alle Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeinwesen schädigen. Leider ist hier nicht gesagt, wie sie dies zu machen und welche Mittel sie anzuwenden haben, um die beabsichtigte Wirkung ausüben zu können, so daß diese gesetzliche Bestimmung in der Luft schwebt. Anders liegt die Sache mit dem Eingreifen des Staates. Bekanntlich wird im Artikel 163 der Reichsverfassung gesagt, daß jeder Deutsche, also auch jeder Unternehmer, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht hat, seine geistigen und körperlichen Kräfte — natürlich auch seine wirtschaftliche Kraft — so zu betätigen hat, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Und im Artikel 153 wird dem Staate das Recht zugesprochen, einen Besitz zu enteignen zum Wohle der Allgemeinheit. Hier kommt der Grundgedanke des Sozialismus zum Ausdruck, daß das Allgemeinwohl unter allen Umständen höher stehen muß als das Interesse des einzelnen. Wenn ein Unternehmer, wie es im Falle einer Betriebsstilllegung aus schmutziger Selbstsucht geschieht, die Allgemeinheit aufs schwerste schädigt und die Existenz zahlreicher Volksgenossen aufs schlimmste gefährdet, so hat der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Unternehmung in seinen Besitz überzuführen und den Betrieb ohne Rücksicht auf den Vorbesitzer weiterzuführen. Daß in einem solchen Falle von einer Entschädigung keine Rede sein kann, erscheint selbstverständlich, denn ein Volksfeind und ein Schädling am Gemeinwohl hat keinen Anspruch darauf, daß er mit Sammetpfötchen angefaßt wird.

In der Praxis liegt die Sache so, daß eine staatliche Kommission in Verbindung mit der durch den Betriebsrat vertretenen Arbeiterschaft den privaten Unternehmer ausschaltet und den Betrieb für eigene Rechnung und in eigener Regie weiterführt. Staat oder Gemeinde als Vertreter der Allgemeinheit auf der einen Seite, Arbeiter- und Angestelltenrat auf der andern Seite müssen Hand in Hand arbeiten, um eine Lahmlegung unseres Wirtschaftslebens zu verhindern. Hier bedarf es eines energischen Eingreifens, wenn größeres Unheil vermieden werden soll, und hier kann die Regierung mal zeigen, ob sie den Mut und die Kraft besitzt, das kapitalistische Prozedentum, dem die Krallen wieder gewachsen sind, an der Kehle zu packen. Es wird die höchste Zeit, daß etwas geschieht, um dem Kapitalismus die Ausbeutungskralen zu beschneiden und ihm die Giftzähne auszubrechen. Die deutsche Arbeiterklasse verlangt immer dringender und ungestümer eine Zerschlagung der kapitalistischen Zwangsherrschaft, sie huldigt dem Grundfahne: „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!“, und sie ist bereit und gewillt, endlich Ernst zu machen mit der Verwirklichung des Sozialismus. Gerade bei der Stilllegung der Betriebe

aus selbstsüchtigen Beweggründen bietet sich die günstige Gelegenheit, mit der Sozialisierung den Anfang zu machen, damit die Kapitalisten merken, daß die Gebuld des deutschen Proletariats erschöpft ist, damit auch die deutschen Proletarier die Ueberzeugung gewinnen, daß die soziale Revolution vom November 1918 kein Kinderspiel war, sondern daß sie dazu bestimmt ist, mit der kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik gründlich aufzuräumen.

Unsere Tarifbewegung im Jahre 1919.

Ueberblicken wir die Tarifbewegung unseres Verbandes in den letzten Jahren, so können wir vom Jahre 1906 an, wo die Tarifbewegung mit größerer Macht sich durchzusetzen begann, einen andauernden Aufstieg feststellen. Die Zahl unserer Tarife stieg 1906 auf 160, 1907 auf 214, 1908 auf 288, 1909 auf 257, 1910 auf 318, 1911 auf 378, 1912 auf 484. In diesem Jahre hatte unsere Tarifbewegung ihren höchsten Stand erreicht. Im Jahre 1913 kam dann die große Aussperrung, wobei unsere Tarifbewegung einen Rückschlag erlitt, insofern, als es nicht gelang, alle vorher bestandenen Tarife wieder zu erneuern. Ende 1913 bestanden 866 Tarife. Im Jahre 1914 brach der unglückliche Krieg über uns herein, aber trotzdem gelang es zunächst die Tarife hoch zu halten. Am Schlusse des Jahres 1914 bestanden noch 882 Tarife. Auch 1915 konnten wir noch 856 zählen, doch war die Zahl der unter dem Tarifvertrag beschützten Kollegen von 55 820 im Jahre 1914 auf 18 988 gesunken. Die Zahl der Tarife nahm dann während des Krieges naturgemäß weiter ab und auch die Zahl der von den Tarifen erfaßten Betriebe und Beschäftigten minderte sich von Jahr zu Jahr, bis wir 1918 unseren tiefsten Stand mit 282 Tarifen für 8176 Betriebe, mit 9804 Beschäftigten erreichten. Wir sehen also, wie unsere Tarifbewegung einen Grabschauer für die Lage unseres Gewerbes abgibt, wie hier die Schwankungen in der Konjunktur deutlich zum Ausdruck kommen.

Nunmehr geht es wieder aufwärts und wir wollen hoffen, daß wir nach jedem Jahreschlusse auf diesem Gebiete einen weiteren Fortschritt verzeichnen können. Das Jahr 1919 hat nicht nur in der Tarifrage unsern Friedensstand wieder erreicht, sondern wir können sogar mit besonderer Genugtuung feststellen, daß wir noch über unsere höchsten Friedensziffern hinausgekommen sind. Am Schlusse des Jahres 1919 hatten wir 451 Tarifabschlüsse zu verzeichnen. Betrachten wir allerdings die Zahl der unter den Tarifen stehenden Betriebe mit unserm höchsten Stande vom Jahre 1912, so finden wir, daß immer noch rund 600 Betriebe fehlen. Die Zahl der Betriebe betrug 1919: 18444. Auch die Zahl der Beschäftigten von 1912 ist noch lange nicht erreicht. Im Jahre 1912 standen 68 801 Kollegen unter tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen, während wir 1919 erst 48 022 Beschäftigte zählen konnten. Es fehlen also noch rund 15 000 Gehilfen.

Wenn wir die Wirkungen des Krieges auf unsern Beruf uns vor Augen halten, daß Tausende von jungen Gehilfen gefallen sind oder zu Krüppeln wurden, die alle nicht mehr in der Lage sind, ihren Beruf auszuüben, wenn wir an die sonstigen Erschwerungen für unser Gewerbe denken, an die mangelhaften Materialien, die außerordentlichen Preise usw., so können wir erfreut sein, daß sich das Gewerbe in so kurzer Zeit wieder so weit erholt hat, daß wir diesen Stand zu verzeichnen haben. Viele Tausende unserer Kollegen sind wegen der mühslichen Berufsverhältnisse noch außerhalb des Berufes tätig.

Wenn es in absehbarer Zeit gelingt, die Materialpreise wesentlich zu senken und genügend brauchbares Material auf den Markt zu bringen, so ist zu hoffen, daß unser Gewerbe einen recht erfreulichen Aufstieg nehmen wird, denn an Arbeit wird es nicht fehlen, da nahezu alle Dinge, Gebäude, Wohnungen, Eisenkonstruktionen und anderes das Herrichten dringend brauchen.

Im Frühjahr 1919 waren die meisten unserer Tarife abgelaufen. Sowohl der Reichstarifvertrag als auch der rheinisch-westfälische Tarif, aber auch viele Lokaltarife mußten erneuert werden. Die Tarife sollten aber nicht nur erneuert werden, sondern sie mußten der Neuzeit entsprechend ausgestaltet werden und, was das Wichtigste war, sie sollten auch wesentliche materielle Verbesserungen bringen. Ueber die Ausgestaltung unseres Tarifes im Jahre 1919/20 haben wir schon berichtet und über den materiellen Erfolg dieser Bewegungen werden wir später bei der Betrachtung unserer Lohnbewegungen noch lehrreiche Zahlen bringen können. Es sind im Jahre 1919 260 Tarife abgelaufen, die für 7954 Betriebe mit 8558 Beschäftigten Geltung hatten. Im Laufe des Berichtsjahres wurden dann 424 Tarife abgeschlossen, für 18 676 Betriebe, in denen 48 337 Kollegen beschäftigt waren. Von diesen abgeschlossenen Tarifen waren 244 Erneuerungen alter Tarife für 15 574 Betriebe mit 38 824 Beschäftigten, während 190 Tarife für 3102 Betriebe mit 8518 Beschäftigten neu abgeschlossen wurden. Waren die

Betriebe noch in der gleichen Zahl wie vor dem Kriege vorhanden gewesen und hätten die Betriebe nach der früheren Zahl an Gehilfen beschäftigt, so wären wir sicher auch in der Zahl der Betriebe und Beschäftigten, über unsern Höchststand von 1912 hinausgekommen.

Wir können also ohne weiteres behaupten, daß für unsere Kollegen das Lohn- und Arbeitsverhältnis tariflich geregelt und damit in feste Bahnen gebracht ist. Kommen im einzelnen nach Tarifübertretungen vor, werden die Tarife noch nicht in allen Punkten strikte eingehalten, so muß es Aufgabe der Organisation sein, auch darin Wandel zu schaffen. Als im Jahre 1919 vereinbarte Tarifverträge konnten auf friedlichem Wege abgeschlossen werden, wenn es auch manchmal recht hart bei den Verhandlungen herging.

Aus dem Vorgesagten geht hervor, daß unsere Bemühungen, sofort nach Abschluß des Krieges unser Lohn- und Arbeitsverhältnis wieder in geregelte Bahnen zu bringen, gelungen sind. Von manchem unserer Kollegen wird diese tarifliche Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses als etwas Selbstverständliches hingegenommen und vielen, besonders den jüngeren Mitgliedern kommt es kaum zum Bewußtsein, daß es auch anders sein könnte. Insofern, so ganz selbstverständlich ist diese Regelung nicht, sie hat dem Verbands außerordentlich schwere Kämpfe und jahrelanges Mühen um die Anerkennung der Organisation gekostet. Dessen wir, daß unsere Organisation so stark und geschlossen bleibt, daß wir unter Tarifverhältnis nicht nur im heutigen Umfange aufrecht erhalten, sondern noch weiter ausbauen können.

Der Achtstundentag in der Praxis.

Über die Ergebnisse der hiesigen Gewerbeaufsicht 1919 bringt die „Münchener Post“ einen sehr beachtenswerten Bericht. Danach war in Bayern die Durchführung des Achtstundentages in den Mittelpunkt der Industrie und in den größeren Betrieben im allgemeinen glatt möglich; allerdings war teilweise die Nachhilfe der Arbeiterorganisationen nötig. Auf dem Lande freilich wurde vielfach von den Unternehmern Widerstand geleistet, besonders von den Handwerksmeistern und von jenen Betrieben, die entweder mit Landwirtschaft verbunden sind oder für den landwirtschaftlichen Bedarf arbeiten. In vielen Fällen leisteten bisweilen Unternehmer aktiven Widerstand. Sehr beliebt war die Behauptung, es werde bei strenger Durchführung des Achtstundentages die Lebensmittelversorgung Not leiden; in Mittelfranken empfiehlt deswegen eine Druckschriftverbreitung Nachhilfe. Kleinere Werke, die auf Ausnutzung der Wasserkraft angewiesen sind, zum Beispiel Mühlen und Sägewerke usw., nahmen besonders am Achtstundentag Anstoß. Einige Aufsichtsbeamte wünschen, es solle diesen Betrieben und besonders denen, die für die Landwirtschaft arbeiten, Erleichterung zugestanden werden. Uns scheint jedoch, als sei es nicht die rechte Art, wenn Behörden die Fingel locker lassen. Dergleichen soll man Vereinbarungen der wirtschaftlichen Organisation überlassen. Diese kennen am besten die Notwendigkeiten. Neues Recht muß von unten wachsen. Es genügt vollst. durch Gesetz die allgemeine Regel festzusetzen. Wo festgelegte Arbeiterorganisationen vorhanden sind, werden sie schon sorgen, daß bei Abänderungen die Arbeiter nicht zu kurz kommen. In den Tarifverträgen ist meist oder immer für Überarbeit ein Lohnzuschlag vorgesehen; er erweist sich ebenso wie der Zuschlag für Sonntagsarbeit als ein sicheres Mittel zur allmählichen Schaffung einer festen Ordnung. Der Münchener Aufsichtsbeamte verweist selbst auf diesen Ausweg, besonders mit Beziehung auf Saisonindustrien. Aus Oberbayern wird von einer bösartigen Haltung mancher Ortspolizei berichtet, die geradezu Widerstand leisteten. Erst ein an sämtliche Ortspolizeibehörde in der Sache gerichteter Rundschreiben brachte hierin Besserung, wenigstens insoweit, als der Achtstundentag jetzt grundsätzlich anerkannt und die im Einverständnis mit den Arbeitern darüber hinausgehende Arbeitszeit als Überarbeit mit entsprechendem Zuschlag entlohnt wurde.

Von ernstlichen Schwierigkeiten wird aus Unterfranken von Betrieben auf dem Lande berichtet. Im allgemeinen ist diesen ländlichen Betrieben gegenüber Nachhilfe geübt worden, die natürlich nicht zur Gewohnheit werden darf. Einstweilen finden die dem Achtstundentag feindlichen Unternehmer allerdings Beistand bei Gerichten; aus Schwaben wird jedenfalls berichtet, „daß manche ordentliche Gerichte die Verwaltungsbehörden bei Abwendung von Zwiderhandlungen gegen den Achtstundentag nicht immer in der gewünschten Weise unterstützen“. In Schwaben auch bedrohte ein Unternehmer den revidierenden Beamten mit Tätschkeiten; das Gericht verhängte dann ganze 60 M. Geldstrafe. Durch Revisionen wurden in 137 Fällen in den Städten und in 431 Fällen auf dem Lande in diesem Bezirk Zwiderhandlungen festgestellt; in der Regel betrug die widerrechtliche Verlängerung der Arbeitszeit ein bis zwei Stunden.

Leider zeigt sich recht häufig mangelndes Verständnis von Arbeitern für den Achtstundentag. Aus verschiedenen Bezirken kommen Klagen, besonders der Handwerksmeister, daß nach beendeter Achtstundenarbeit die Gesellen und Arbeiter noch sogenannte Pflückerarbeit leisten. In der Pfalz wurden die Dinge noch schlimmer. Dort gingen Arbeiter der Schuh- und Zigarrenindustrie nach der Achtstundenschicht in einen der vielen Winkelbetriebe, die sich in ganz unzulänglichen Räumen massenhaft als Konkurrenz aufgetan hatten, und arbeiteten dort weiter. Dabei war in dieser selben Pfalz der Achtstundentag, weil die Befehlsmacht das Inkrafttreten der Gesetzesverordnung unterlagte, durch Arbeiterbewegungen und Streiks erzwungen worden. Es ergab sich also der erbauliche Zustand, daß Arbeiter mit Erfolg gestreikt hatten und dann selbst gegen den Streikerfolg rebellen. Schwierigkeiten ergaben sich wegen der Pause für Jugendliche. Der Kohlenmangel und die Rücksicht auf zurückzulegende weite Wege der Arbeiter machten die ungerichte Arbeitszeit wünschenswert; teilweise wurde dann mit Zustimmung von Arbeiterkreisen, Betriebsräten und Organisationen auf die vorgeschriebene halbtägige Pause der Jugendlichen verzichtet; mehrfach schritt die Aufsicht dagegen ein. In der pfälzischen Schuhindustrie hat schließlich die Arbeiterchaft selbst da-

gegen Stellung genommen; es wurde wieder die geteilte Arbeitszeit unter Beachtung des Schutzes der Jugendlichen eingeführt. Der oberfränkische Beamte berichtet: „Zunächst ist die Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit auf Verlangen der Arbeiter selbst erfolgt, die damit einen höheren Verdienst erreichen wollten. Dies ist auch in solchen Betrieben festzustellen gewesen, in denen nach Tarif und teilweise sogar über Tarif entlohnt worden ist.“ In 288 Betrieben wurden Ueberschreitungen bei Revisionen beanstandet, dazu kommt noch eine Anzahl Ueberschreitungen, die durch die ordentlichen Polizeibehörden verfolgt werden.

Die Handwerkslehrlinge werden noch sehr häufig länger als 8 Stunden beschäftigt; daß sie Vorkümmungsarbeit nach Feierabend leisten müssen, scheint Gewohnheit zu sein. Der Landesgewerbe rat berichtet: „Die Klage, daß die jugendlichen Arbeiter für die ihnen seit Einführung des Achtstundentages zur Verfügung stehende freie Zeit noch keine richtige Verwendung haben, ist allgemein. Es wird eine vorzügliche Aufgabe der Arbeiterorganisationen wie aller Volkstreuer sein, namentlich in den Industriestädten den Arbeitern Gelegenheit zur körperlichen Erholung und geistigen wie beruflichen Weiterbildung nach dem Schluß der täglichen Arbeit und an den Sonntagen abendmittags zu geben.“

Der freie Sonabend nachmittag ist in sehr weitem Ausmaß durchgeführt. Allerdings besteht in einem großen Teil der Industrie dabei nicht mehr der reine Achtstundentag, sondern immer mehr wird wöchentlich 48 Stunden gearbeitet. So wird aus der unterfränkischen Metallindustrie berichtet: Der Tarifvertrag vom 7. April setzte die Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden fest, jener vom 8. November verlängerte sie auf 47 Stunden. In der Veredelungsindustrie für Textilwaren in Schwaben wurde die Arbeitswoche von 48 Stunden eingeführt; der Sonabend bleibt ganz arbeitsfrei, weil mit einer nur vier bis fünfstündigen Arbeit aus technischen Gründen nichts anzufangen sei. Erhebliche Uebertretungen des Achtstundentages werden aus verschiedenen Bezirken berichtet von Bankgeschäften und Theatervorstellungen. Aus dem Münchener Bäcker- und Konditorgewerbe heißt es: „Nur bezüglich der Beurlinge ist es schwierig, die Meister zur gewissenhaften Befolgung der Vorschriften zu bringen.“

Den günstigen Einfluß des Achtstundentages auf das Familienleben haben mehrere Aufsichtsbeamte hervor. Der Nürnberg Beamte sagt: „Wie vom Arbeiter, so wird erst recht von der Arbeiterin die Einführung des Achtstundentages als ein sozialer Fortschritt beachtet und wohlwollig empfunden. Die Achtstundenvierzigstundentage macht es der Arbeiterin möglich, ihren häuslichen, Frauen- und Mutterpflichten besser nachzukommen, wodurch das Familienleben der Arbeiter wesentlich gestärkt wird.“

Der oberfränkische Beamte sagt: „Klagen der Arbeitgeber über wesentliche verringerte Arbeitsleistung durch Einführung des Achtstundentages im Vergleich zur Friedensarbeit wurden fast allgemein laut, vor allem in den letzten Monaten des Jahres immer mehr.“ Neuen Kassandrasstimmen, die da klagen, es sei ja die verheißene Steigerung des Arbeitsintensität durch den Achtstundentag nicht eingetreten, sei entgegenzuhalten, was der Nürnberg Aufsichtsbearbeiter sagt: „Ob durch die Einführung des Achtstundentages beziehungsweise die Einhaltung längerer Arbeitsruhe sich die Arbeitsintensität oder der stündliche Arbeitsvertrag steigern wird und ob somit der Achtstundentag auch unmittelbar wirtschaftlich segensreich wirken wird, das läßt sich heute, wo nach den vielen Kriegsenbehörungen der starke Arbeitswille erst langsam wieder zu erwachen beginnt, noch nicht übersehen.“

Also, noch ist alles Experiment, noch sind viele Erfahrungen zu sammeln; noch muß es sich erst zeigen, ob die Arbeiterschaft alle Untugenden sich abgewöhnen und mit Verstand und Umsicht die neue Lage zur Hebung ihrer gesamten Klasse nutzbar machen wird. Aber wir sind guten Mutes. Deutschland hat dem Achtstundentag die Bahn gebrochen, es wird ihn zum Siege führen!

Lohnbewegungen.

Berlin. Die ganz besonders ungenügenden Löhne im hiesigen Malergewerbe — sie stehen mit 6,50 M. hinter denen im Baugewerbe um 1,30 M. und hinter denen, zum Beispiel unserer Hamburger Kollegen, um 50 % zurück — haben schließlich zu einem spontanen Ausbruch der sich nach und nach angesammelten Unzufriedenheit geführt. Alle Warnungen bei den verschiedensten Gelegenheiten, unter anderem auch bei den verschiedenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die bestehende Ungerechtigkeit nicht bis ins Ungemessene, bis zum Plagen des Bogens, fortbestehen zu lassen, machte auf die Arbeitgeber keinen Eindruck. Man pochte auf die nicht günstige Konjunktur und es entstand die Meinung, man wolle die Berliner Gehilfschaft in einer für wirtschaftliche Kämpfe nicht besonders geeigneten Zeit zu unbesonnenen Handlungen provozieren.

Und so trat schließlich ein, was schon längst zu erwarten stand. Über unsere Berliner Filialverwaltung hinweg legten vom 19. Juli an erst in vereinzelten, dann ansteigend bis zu rund 40 Werkstellen mehr als 600 Kollegen die Arbeit nieder.

Von den Kollegen Streine und Jakobkeit eingeleitete Verhandlungen vor und nach einer Versammlung der Arbeitgeber, in der man vernünftigerweise von hochtönenden, über Empörung der Kollegen nur noch steigenden Beschläffen über Tarifbruch, Aussperrung der an dem zwar bedauerlichen aber menschlich begreiflichen Vorgang beteiligten Kollegen abließ, führten dazu, daß die in Aussicht genommene Sitzung des Haupttarifrats, die auch den Berliner Streitfall mit erledigen soll, an dem überhaupt möglichen frühesten Termin (am 4. August) stattfindet und daß unter der bestimmten Zusicherung, daß keinerlei Maßregelung stattfindet, zunächst am 29. Juli die Arbeit wieder aufgenommen werde.

Dies nahmen auf Vorschlag unserer Organisationsleitung in der Erwartung, daß ihren Ansprüchen am 4. August nach

größter Möglichkeit Rechnung getragen wird, die ausständig gewordenen Kollegen schließlich an.

Nachh. Die Nachhener Arbeitgeber haben nachträglich, trotzdem sie nicht Mitglied des Westdeutschen Malermeisterverbandes sind, vor dem Schlichtungsausschuss den Schiedsspruch in Offen anerkannt. Die Lohnerhöhung beträgt 25 % pro Stunde.

Schweizer. Auf Grund einer Eingabe an die Malermeistervereinigung wurde der Stundenlohn um 50 % erhöht.

Mettmann. Nach einseitiger Arbeitseinstellung gaben die Arbeitgeber ihren Widerstand gegen den Offener Schiedsspruch auf und verpflichteten sich zur Durchführung desselben.

Wesel. Der Schlichtungsausschuss verpflichtet auch die hiesigen Arbeitgeber, trotzdem sie Nichtmitglieder des Westdeutschen Malermeisterverbandes sind, zur Zahlung der in Offen beschlossenen Lohnerhöhung.

Aus unserm Beruf.

Rostock. Am Sonnabend, 26. Juni, feierte die Filiale Rostock unter reger Beteiligung der Kollegen ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Auch Vertreter anderer Mecklenburger Filialen wie Gütrow, Schwerin und Wismar waren auf Einladung erschienen, wie auch der Bezirksleiter Kollege Buch, Hamburg. Selbst unsere jungen Kollegen, die Lehrlinge, hatten sich vollständig in Begleitung ihrer Eltern eingefunden, da man ihnen freien Eintritt gewährt hatte. Daraus ist zu schließen, daß sie sich unter unter und älteren Kollegen wohl fühlen und für unsere Sache Interesse haben. Es wird unseres Erachtens auch alles getan, um die Lehrlinge zu gewinnen und für unsere Sache zu begeistern, indem sie von dazu befähigten Kollegen, an den Sonntagsvormittagen unentgeltlich unter Anleitung von Material im Holzmalen, Zeichnen und dekorativen Malen unterrichtet werden. Da noch in vielen Filialen die Lehrlinge unserm Verbands fernstehen, möchten wir den anständigen Kollegen unsern Versuch empfehlen, die Lehrlinge auf diesem Wege für unsere Sache zu gewinnen.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe beruft zum 18. und 14. August 1920 seinen Hauptverbandstag nach Erfurt ein. Am ersten Tage sollen die innergeschäftlichen Angelegenheiten des Hauptverbandes erledigt werden und am 14. August soll der neugegründete Reichsbund des deutschen Malergewerbes seine erste Tagung haben.

Der Gauverband Norddeutschland für das Malergewerbe hält am 27. und 28. August 1920 seine Tagung in Hamburg ab.

Gewerkschaftliches.

Die Zersplitterer der wirtschaftlichen Organisationen machen sich wieder bemerkbar, in den Gewerkschaften wie in den Genossenschaften. Unter allerlei Masken gehen jene Elemente ihrem Ziele nach, die erkannt haben, daß bei einheitlicher Gedanken- und Willensrichtung der wirtschaftlich zusammengehörigen Schichten wenig Aussicht auf Erreichung von Sonderborteilen besteht; Gegenwärtig reichen sich einmal wieder die unter dem Sammelnamen „Gelbe“ bekannten Arbeitervereinigungen und die mit Hilfe jesenverwandter Arbeitgeber gegründeten pseudogenossenschaftlichen Unternehmungen die Hand, um die Einheitslichkeit der gewerkschaftlichen wie der genossenschaftlichen Bewegung zu durchkreuzen. Die Unternehmer dieser Art schlagen folgenden Weg ein: Sie lassen sich die Beschaffung von hochwertigen Nahrungsmitteln, möglichst außerhalb der allgemeinen Nationierung, anlegen sein, die zu möglichst niedrigen Preisen an die Belegschaften der einzelnen Betriebe abgegeben werden. Manche Unternehmungen lassen es sich ansehnliche Summen aus ihren Kriegs- und Konjunkturgewinnen kosten, um auf diese Weise die Zufriedenheit ihrer Arbeiterschaft zu erkaufen. Würde es sich hierbei nur um Maßnahmen handeln, die der ungenügenden Versorgung unter der Zwangswirtschaft abhelfen sollten, so wäre kaum allzubald dagegen einzumenden. Tatsächlich stehen dahinter aber viel weitergehende Absichten. Man will einerseits die Arbeiter durch Schaffung sogenannter Wohlfahrtsvereinigungen in der Form von Werkskonsumanstalten an die Betriebe fesseln, andererseits sie den täglich an Bedeutung und Leistungsfähigkeit zunehmenden allgemeinen Verbrauchergenossenschaften entziehen und diese dadurch schwächen. Diese Absicht wird planmäßig gefördert sowohl von zahlreichen Unternehmerorganisationen als auch vom „Verein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands“. Auf Betreiben des letzteren und namentlich seines rührigen Vorsitzenden, des Faktors Richter aus Königswalde (Ergebirge), ist zu diesem Zweck eine eigene Großeinkaufsgesellschaft, die „Gemeinnützige Großeinkaufsgesellschaft Deutschlands, V.-G., Hamburg“, errichtet worden, deren Aktienkapital bis vor kurzem 2 Millionen Mark betrug, neuerdings aber verdoppelt worden ist. Aktionäre sind zahlreiche industrielle Unternehmer und Unternehmerverbände sowie Herr Faktor Richter, Königswalde, der zugleich den Vorsitz im Aufsichtsrat innehat. Diese Gesellschaft, hinter deren gemeinnütziger Firma sich die sehr eigennützige Absicht ihrer Gründer verbirgt, soll nach dem Vorbilde der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, dem eigenen Unternehmen der deutschen Konsumvereine, den zentralisierten Einkauf der Lebensmittel für die einzelnen Werkskonsumanstalten besorgen und ihnen durch organische Zusammenfassung eine gemeinsame, feste Grundlage geben. In den Werksbeschreibungen für die Gründung dieser Gesellschaft sind dieselben Gesichtspunkte betont worden, aus denen in verfloßener Zeit die Errichtung von gelben Werksvereinen betrieben wurde: Schaffung wirtschaftlich-friedlicher Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern. Daneben wird es als wichtig bezeichnet, den

zur Sozialisierung des Wirtschaftslebens einschäben. Es ist daher grundsätzlich kein Unterschied vorhanden zwischen den Idealen der Genossenschaftsbewegung und den Endzielen der Kommunisten. Aber die Methoden und Mittel sind gänzlich verschieden. Nichtsdestoweniger bemühte sich die Genossenschaft, ihre Arbeit den Erfordernissen unseres Landes und den Weisungen der Sowjetregierung anzupassen. Dabei erstreckten wir, als wesentlich wichtig das Prinzip der vollen politischen Neutralität zu bewahren und uns von den Kämpfen um die politische Macht fernzuhalten. Dieses Prinzip der politischen Neutralität, der Grundsatz, dem die Leiter unserer Genossenschaftsbewegung während der Revolutionswirren stets treu geblieben sind — nämlich, daß die Genossenschaft ihre wirtschaftlichen Aufgaben dem Volke gegenüber zu erfüllen hat, ungeachtet dessen, was für ein politisches Regime in diesem oder jenem Teile Russlands gerade Oberhand gewinnt —, dieses Prinzip scheint der kommunistischen Regierung verdächtig zu sein. Und deshalb wurden Ende April dieses Jahres alle gewählten Vorstandsmitglieder des Contrososjus, die zu dieser Zeit sich in Rußland befanden, und zwar die Genossen Koroboff, Lawratschew und Kurnietzoff, verhaftet und ins Gefängnis eingesperrt. Das war ja stets unser Los: während des Jarkismus hat man uns ins Gefängnis gesteckt als „Revolutionäre“, die kommunistische Regierung wirft uns ins Gefängnis als „Konterrevolutionäre“. Die Worte wechseln, aber das System ist das selbe geblieben!

Und dennoch glauben wir und wissen wir, daß das Groß der russischen Genossenschaftler, die Tausende und Millionen, mit uns eins sind. Und darum betrachten wir uns ermächtigt, auch hier heute im Namen der russischen Genossenschaftsbewegung aufzutreten.

Wir sind heute fester als je überzeugt, daß die Genossenschaft, der Aufbau eines neuen Lebens auf dem Fundament der Liebe und Gerechtigkeit, ein sicherer und gleichzeitig ein direkter Weg zum Sozialismus sei als Zwangsmassregeln. Gewiss ist Zwang nötig, um manche Vorrechte und die Monopolstellung des Kapitalismus abzuschaffen; aber das ganze wirtschaftliche Leben kann nicht auf dieser Grundlage aufgebaut werden.

Und darum zweifeln wir nicht, daß aus dieser schweren Krise, von der unser Land und die russische Genossenschaftsbewegung betroffen sind, sie einst weiter zu neuem, frischem Leben erwachen werden, ohne zu den alten, schon überwundenen Formen zurückzukehren.

Verschiedenes.

Die kommende Herbstmesse in Leipzig. Am 15. August wird die Technische Messe (15. bis 22. August) in Leipzig beginnen. Ihr Ausstellungsraum hat durch 3 neue Hallen auf dem städtischen Ausstellungsgelände am Bäckerschlachtdenkmal eine beträchtliche Vergrößerung erfahren. In der inneren Stadt werden dieselben Meßhäuser wieder wie zur Frühjahrsmesse belegt sein. Der gesamte Ausstellungsraum wird rund 35.000 qm betragen.

Der höheren Zahl der Fachgruppen entsprechend nimmt die Allgemeine Mustermesse (29. August bis 4. September) einen bedeutend größeren Raum ein. Ihr Umfang ist auf 180.000 qm zu schätzen. Immer mehr wird die Altstadt Leipzig zu einem einzigen großen Meßmusterlager. Es dürften heute nicht mehr viel Gebäude übrig bleiben, die sich gegen den Messelstrom sperren. Nachdem zur Frühjahrsmesse bereits das „Valk-Haus“, das „Mehlhäusl Rose“ und das Haus „Zehendorf“ erstmalig ihre Pforten dem Meßverkehr öffneten, treten diesmal das „Mehlhäusl Lloyd“ in der Petersstraße, das bisherige Hotel Henschel am Kochplatz als „Mehlhäusl Globus“ und das Hotel „Königsberg“ am Augustusplatz neu in den Dienst des großen Generalmarktes. Ein vorzüglicher Ausstellungsraum ist in der Wandelhalle der Universität, ebenfalls am Augustusplatz, gewonnen worden. Dieser Zuwachs an neuen Meßhäusern und Räumen ermöglichte den Verzicht auf die Schulgebäude, die zur Frühjahrsmesse belegt waren, sich aber geringer Beliebtheit erfreuten. Mit desto größerer Befriedigung werden dagegen die Große Meßhalle an der Gohliser Straße, die Hallen auf dem Kochplatz, auf dem Fleischergplatz und die Halle am Markt wieder begrüßt werden. Als neues Ausländerhaus tritt zu dem österreichischen Haus in der Gainsstraße das „Haus der Tschecho-Slovakia“, das unter dem Namen Ackerleins Hof bekannte Gebäude am Marktplatz.

Die Meßbörse, die sich zur vorigen Frühjahrsmesse gut eingeführt hat, wird diesmal zusammen mit der kürzlich in Leipzig eingerichteten Warenbörse in den Räumen der neuen Börse am Tröndlinring stattfinden.

Vom Werdegang des Bündholzes. Das Bündhölzchen, früher ein wertvoller und kaum geachteter Gegenstand, ist infolge der teuren Preise und der Knappheit der Ware zu einer neuen Kostbarkeit geworden und schon längst haben die Wirtschaften aufgehört, diese nützlichen Dinge dem Wert losenlos in beliebiger Zahl auf den Tisch zu stellen. Aber nicht nur im Haushalt des einzelnen und der Familie spielen Bündholz und Bündholzschachtel heute eine große Rolle, sondern auch im Haushalt des Staates, der beträchtliche Steuererträge daraus erzielt. Soll doch nach einer ungefähren Schätzung die Menschheit nicht weniger als 2 Milliarden Bündhölzer täglich verbrauchen, so daß eine Menge an Holz und Bündholz im Gebiete von 200 Tonnen täglich auf diese Weise in Rauch und Asche aufgeht. Angaben über die Herstellung unserer Bündhölzer, die in „Aber Land und Meer“ gemacht werden, entnehmen wir die folgenden Tatsachen: Früher wurde hauptsächlich Eichenholz verwendet; in neuerer Zeit benutzt man auch vielfach Fichten- und Pappelholz. Die Äste der einzelnen Stämme werden auf einer sogenannten Schälmaschine in lange, schmale Bänder zerlegt, die die Stärke der Bündhölzer haben. Diese Bänder werden dann zu 50 bis 60 Stück übereinander geschichtet und in der Länge und der Dicke durch auf- und abgehende Messer gekantet. Eine solche Schneidmaschine liefert täglich 10 bis 25 Millionen fertiger Hölzer. Danach wer-

den dann die Hölzchen in einer sehr sinnreichen, komplizierten Maschine mit der nötigen Bündmasse versehen und kommen nun zum Trocknen. Dann treten neue, sehr raffinierte konstruierte Maschinen in Tätigkeit, die die automatische Füllung der Hölzer in die Schachteln vornehmen. Die Hölzer werden in die Schachteln, die auf einem Tisch in langer Reihe vorbeipassieren, automatisch hineingelegt. Die Schachteln werden ebenfalls aus geschältem Holzspahn von etwa 0,7 Millimeter Stärke hergestellt, wobei die Maschine das Fallen und Kleben ganz selbständig besorgt. In Schweden, einem Hauptfabrikationsland der Bündhölzer, gibt es Maschinen, die täglich bis 50 Millionen Hölzchen herstellen. Der größte Bündholzverbraucher ist der Deutsche, der durchschnittlich 12 Bündhölzchen jeden Tag verwendet, während der Belgier 9, der Engländer 8 und der Franzose nur 6 Hölzchen benutzt.

Fachtechnisches.

Preisverteilung für Musterarbeiten in Ölfreier Grundieretechnik.

Bei der am 15. und 16. Juli 1920 auf Einladung des Forschungsinstituts für Ölfreie Grundieretechnik stattgehabten Sitzung des Preisgerichtes wurden außer den dem Ausschreiben gemäß zur Verteilung kommenden Grundpreisen von je 200 M. für alle meistermöglichen, den Bedingungen des Preisauschreibens entsprechenden Arbeiten folgende Zuschläge für hervorragende Leistungen zuerkannt und zwar erhielten: Alfred Mecher, Lackergehilfe, Coburg 400 M.; Ferdinand Abend, Malermeister, Stuttgart; Oskar Reichert, Lackiermeister, Splingen; Wilhelm Verstenberg, Lackiermeister, Düsseldorf; Willi Rudolf, Malergehilfe, Wangen i. A. je 200 M.; Hermann Wagner, Lackierwerkmeister, Stettin; Paul Thiele, Malermeister, Wittenberg; August Pahl, Malermeister, Berlin; Andreas Schunichen, Malermeister, Bethel; Albin Ebelhäuser, Maler, Nuhla je 100 M.; Johann Jakob, Oberwerkmeister, Nürnberg; Albert End, Malermeister, Melberg; Georg Luft, Vorarbeiter, Neuaubing; Heinrich Schlenhoff, Weimar; Gerh. Moder, Neuau; Julius Schuhmacher, Malermeister, Schwesingen je 50 M.

Bei der Tagung wurde über die volkswirtschaftliche Bedeutung erneut folgendes festgestellt:

Die mehrjährigen Erfahrungen und Beobachtungen in der gewerblichen Praxis bestätigen aufs neue die Überlegenheit und Vorzüge der „Ölfreien Grundieretechnik“; diese bestehen im wesentlichen in der erheblichen Ersparnis an Leinöl bei Anstreicherarbeiten aller Art und in der schnellen Wiederherstellung alter und gerissener Anstriche ohne Abstreifen oder Abbeizen. Die Unterzeichneten wiederholen daher auch heute ihr Ersuchen an die Bauverwaltungen und an das Gesamtgewerbe, sich aus volkswirtschaftlichen Gründen mit dem Ölfreien Grundierverfahren vertraut zu machen.

Gelegentlich aus den Gehilfenkreisen hervorgetretene Klagen über lästige Wirkungen ölfreier Grundiermittel auf den Körper des Arbeiters erklären sich nach eingehender Betrachtung dahin, daß während des Krieges zum Teil minderwertige Lösungsmittel zur Verwendung kommen mußten. Dieser Mangel ist jetzt beseitigt.

Das Preisgericht.

- E. Fr. Hansen, Hamburg, Vorsitzender.
- Franz Budian, Kaiserslautern, Schriftführer.
- Emil Kruse, Berlin, Joh. Koller, München.
- Theod. Schirmer, Dresden, O. Streine, Hamburg.
- E. Ahl, Köln, Otto Henninger, Stuttgart.
- E. Sebing, München, F. Brauer, Düsseldorf, Paul Jaeger, Stuttgart.

Literarisches.

Der Reichswirtschaftsrat. Von Georg Plösch (Referent im Reichswirtschaftsministerium). Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis 2,50 M. Der deutsche Reichswirtschaftsrat, das erste Wirtschaftsparlament der Welt, ist zum erstenmal zusammengetreten. Die vorliegende Schrift ist die erste zusammenfassende Darstellung darüber, was dieser neuartige Parlamentskörper ist. Sie gibt die gesetzgeberische Gründungsurkunde des Reichswirtschaftsrats wieder und erläutert sie nach ihrem sachlichen und formalen Inhalt. Es werden die Entstehungsgeschichte des Reichswirtschaftsrats, die Kämpfe um die Art seines Aufbaues und seine Rechte und Aufgaben geschildert. Der tatsächliche Aufbau wird verglichen, über die (etwa 100) bedeutenden Wirtschaftsverbände und Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den Reichswirtschaftsrat bescheiden, werden genaue Angaben gemacht, und die erstmalig berufenen 328 Personen werden namentlich aufgeführt. Die Schrift wird allen denen, die sich über die im raschen Tempo vor sich gehende neuerliche Umgruppierung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kräfte auf dem Laufenden halten wollen, willkommen sein.

Was man wissen muß. Nummer 14 (4. Jahrgang, Nummer 2). Verlag von Johann Schorpp, Leipzig. Preis 60 A, halbjährlich (8 Nummern) 3 M., mit Porto 3,60 M. „Die Wunder der Technik 1“ nennt sich die von Ingenieur Kurt G. Becker, Leipzig, bearbeitete Nummer 14 der als Mittel zur Förderung der Jugend- und Volksbildung empfohlenen wertvollen Monatschrift. 6 aus allen Gebieten der neuzeitlichen Technik entnommene Abhandlungen bringen Beschreibungen von Maschinen und technischen Einrichtungen mit dem Zwecke, weite Kreise unseres Volkes mit deren Aufbau, Wirkungsweise und Nutzen für unser Wirtschaftsleben bekannt zu machen. Der Dieselmotor, das Flugzeug, die Wessinghouseschneidbremse, der Kinetograph, die Kurbelstielmaschine, die Kraftspülge sind die Kennworte der einzelnen Aufsätze, in denen mit sicherer Hand und gutem technischen Können alles Wissenswerte, unterstützt durch viele Abbildungen, festgehalten ist. Der Preis der Nummer ist, bei Berücksichtigung des gebotenen Belehrungsstoffes, gering und sollte niemand abhalten, durch

Beweg von „Was man wissen muß“ seine Kenntnisse zu erweitern. Die vorhergehende Nummer war bekanntlich die Stillarten der Baukunst, Plastik und Malerei gewidmet.

Der wirtschaftliche Niedergang. Von Dr. Otto Sugg, M. d. N. Staatspolitischer Verlag, Berlin SW 48, Friedrichstraße 226. Preis 2,50 M. Der Verfasser versucht in der vorliegenden Schrift den Nachweis zu erbringen, daß nur auf dem Wege der kapitalistischen Produktion eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft möglich ist. Zwingendes Gebot sei, in der Frage der Wirtschaft den politischen Streit zu beenden und positive aufbauende Arbeit zu leisten. Die Unternehmer seien dazu bereit. Durch die Arbeitsgemeinschaft sei der Klassengegenseit auf der einen, und der Herrenstandpunkt auf der andern Seite zu überwinden.

Die Internationale. Tragikomödie in 4 Akten. Von Emil Hallupp. Preis 4 M. Verlag Freiheit-Buchhandlung, Berlin O 2, Breite Straße 8/9. „Die Internationale“ wurde in den Spielplan des Waldhalltheaters zu Berlin aufgenommen. Dieses wahrhaft revolutionäre Drama fand eine außerordentlich günstige Aufnahme.

„Freie Welt“, illustrierte Wochenschrift der U. S. V. Die neue Nummer der „Freien Welt“ erscheint als Sondernummer Spa. Die Konferenz in Spa wird in dem Spätpolitisch gewürdigt und gleichzeitig ein umfassendes sozialistisches Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete veröffentlicht. Preis des Heftes 60 A. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin O 2, Breite Straße 8/9.

Sterbetafel.

Berlin. Am 17. Juli starb der Kollege Hermann Franke, geboren 21. Januar 1859 zu Czarnikau.
Wiesbaden. Am 18. Mai starb der Kollege Heinrich Man, geboren 17. November 1892 zu Wiesbaden, an einem im Felde zugezogenen Leiden. — Am 8. Juni starb der Kollege Wilhelm Fischer, geboren 18. September 1878 zu Wiesbaden, an der Proletarierkrankheit. Kollege Fischer war MitglieB seit 1897 und längere Zeit Vertrauensmann der Zahlstelle Bierstadt. Wir verlieren in beiden Kollegen treue Mitglieder.
Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 8. bis 14. August 1920 ist die 32. Beitragswoche.

Anzeigen

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter, ob im Hause, oder als Nebenberuf, der sich für seine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplatten, malereien sowie auch zur Herstellung von Plakatsmalereien aller Art zuwenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatsmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatsmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Ganz Serie-Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/16 bis 1/8 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kritzschlüssel im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 15 M. Frankensendung. Albert Hummer, Maler, Silberl. Rheinland, Herrn Alb. Hummer, (Hilden i. Rheinland.)

Sie mit den gelandten Buchstabenpausen sehr zufrieden; das Arbeiten mit denselben macht einem wirklich Freude, und habe ich die erste Woche schon 20 Kritzschlüssel in Auftrag bekommen. Senden Sie mir 25 Stück Kritzschlüssel.

Gochachtungsvoll Kurt Reuter, Cöln.
Ortsgruppen erhalten bei Sammelbestellungen für arbeitslose Kameraden bedeutende Preisermäßigungen. Vorliegende wollen bitte nächste Auskunft brieflich einholen. Albert Hummer.

Ein lohnender Beruf für Kriegsbefähigte
bietet sich durch Teilnahme an einem einmonatigen Spezialkursus in der Holz-, Marmor-, Glas-, Silber-, Plakat- u. Dekorationsmalerei beim Maler-Zentrum Schwerin i. M. 5. Seit 1908 gut bewährt. Während der beherrschende Unterricht. Beginn neu. Kurs i. Septemb. Für Kriegsbefähigte besonders günstige Schulgebühren. Körperlich l. Arbeit. Ausführliche Auskunft (auch über Meister- und Gesellenprüfung) und Prospekt (auch f. nichtkriegsbefäh. Schüler d. Wintersem.) kostenlos durch: **Mechlenburgerische Maler-Technikum, Schwerin i. M. 5.**

Kauf für neue Holz- u. Marmor malereien, auch für Kriegsbefähigte, erteilt Friedrich Hoffmann, Hamburg-Capenbergl. Regelfohrstr. 27, Opt. Lüneburg, i. d. G.

Malerschule Buxtehude
gegr. 1877.
Kriegsbefähigten-Kursus.
Größte Schule für Dekorationsmalerei.
Goldene Medaillen u. Ehrenpreise.
Prospekt durch die Direktion.

Wilhelm Walter
Dele, Lade, Leime
Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.
Hamburg, Bartelstraße 72.
Geschäftsjett von 8 bis 4 Uhr.

Pinis,
Lade, Leim, Schellack taugt jedem Können.
Handlung chemischer Produkte.
Berlin O 24.
Wilhelm-Stolze-Straße 28,
Königsplatz 7317.

Pinself
u. Streichbürsten jeder Art für Industrie u. Handwerk.
Hofert seit Jahren am vorzüglichsten.
H. W. Witte, Berlin.
Hufelandstr. 48. Tel.: Alt. 392.

Jeder Kollege
bestelle sofort einen Probeband **Der Dekorationsmaler**
3. größere Seite mit 12 feinsten Farbentafeln, Preis 5 M. bei Vor-einsendung des Betrages.
Quellen-Verlag, München 39.